Judith Hagen
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Hauptstr. 6
67098 Bad Dürkheim
judith.hagen@posteo.de

Isabel Mackensen-Geis
SPD
Maximilianstraße 31
67433 Neustadt a. d. W.
isabel.mackensen-geis@bundestag.de

Jochen Schmitt
FWG
Am Neuberg 6
67098 Bad Dürkheim
Jochen.Schmitt@fwg-duew.de

Markus Wolf
CDU
Kallstadter Straße 8
67098 Bad Dürkheim
wolf-markus@gmx.de

Stadtverwaltung Bad Dürkheim
Frau Bürgermeisterin Natalie Bauernschmitt
Rathaus
Mannheimer Str. 24
67098 Bad Dürkheim

Bad Dürkheim, 23.8.2026

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Bauernschmitt,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Stadtrates zu nehmen:

Antrag zur Verlegen von Stolpersteinen zum Gedenken an die von den Nationalsozialisten verfolgten, verschleppten und ermordeten Bad Dürkheimer Bürgerinnen und Bürger

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Verlegung von sogenannten „Stolpersteinen“ des Künstlers Gunter Demnig vor den letzten freiwillig gewählten Wohnorten der von den Nationalsozialisten verschleppten, deportierten und ermordeten Bad Dürkheimer Bürgerinnen und Bürger wird grundsätzlich zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verlegung der Stolpersteine unter folgenden Rahmenbedingungen zu unterstützen:
    a. Die Federführung (inkl. Recherche, Beantragung und Verlegung) liegt beim Verein „Gegen das Vergessen e.V. – Förderverein zur Erhaltung des kulturellen Erbes der jüdischen Gemeinden in Wachenheim und Bad Dürkheim“.
    b. Die Finanzierung erfolgt ausschließlich durch Spenden und Patenschaften. Der Stadt Bad Dürkheim entstehen hierdurch keine oder nur unerhebliche Kosten.
    c. Begonnen werden soll im ersten Schritt mit fünf Stolpersteinen.
    d. Vor der jeweiligen Verlegung sollen die heutigen Eigentümerinnen und Eigentümer der betreffenden Gebäude durch den Verein gegen das Vergessen e.V. frühzeitig über das Vorhaben informiert und in geeigneter Weise in die geplante Verlegung einbezogen werden.
    e. Die Verwaltung wird beauftragt, die Recherche zu den ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohnern durch die Zugänglichmachung der im Stadtarchiv vorhandenen Informationen im Rahmen der geltenden rechtlichen Bestimmungen zu unterstützen.

Begründung:

Bis zum Jahr 1940 bestand in Bad Dürkheim eine gut integrierte jüdische Gemeinde, deren Mitglieder das gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben der Stadt über Generationen hinweg mitprägten. Am 22. Oktober 1940 wurden zahlreiche jüdische Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der sogenannten Wagner-Bürckel-Aktion in das Internierungslager Gurs in Südfrankreich deportiert. Viele starben dort an den unmenschlichen Lebensbedingungen; andere wurden später in nationalsozialistischen Vernichtungslagern, insbesondere Auschwitz, ermordet.

Neben den jüdischen Opfern wurden auch weitere Bürgerinnen und Bürger aus Bad Dürkheim Opfer nationalsozialistischer Verfolgung und des sogenannten „Euthanasie"-Programms. Nur wenige konnten sich retten, kaum jemand kehrte zurück.

Von vielen Dürkheimer Opfern sind heute nur noch einzelne Daten und Fragmente ihres Lebens bekannt. Ihre Namen, ihre Schicksale und ihr Beitrag zur Geschichte unserer Stadt dürfen jedoch nicht in Vergessenheit geraten.

Gerade in einer kleinen Stadt wie Bad Dürkheim, in der Erinnerung generationenübergreifend wirkt, fällt das Gedenken an die vertriebenen, deportierten und ermordeten Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht immer leicht. Scham und Trauer über das Geschehene mischen sich bei manchen mit der Sorge, dass Erinnerung alte Gräben aufreißen könne. Doch das Gedenken richtet sich ausdrücklich nicht gegen die Menschen von heute und ist kein Vorwurf an die Nachgeborenen. Vielmehr zeigt eine lebendige Erinnerungskultur, dass eine demokratische Gesellschaft bereit ist, sich dauerhaft auch den dunkelsten Kapiteln ihrer Geschichte zu stellen.

Erinnerung kann verbinden: Sie würdigt die Menschen, die aus unserer Mitte vertrieben und ermordet wurden, und macht zugleich deutlich, wofür unsere Stadt heute stehen möchte: für Menschlichkeit, Offenheit und Verantwortung, die nicht wegschaut. Die Opfer des Nationalsozialismus gehören zu unserer Stadtgeschichte. Wir wollen die Betroffenen durch alltägliche Erinnerung symbolisch in unsere Stadt zurückholen.

Die Stolpersteine des Künstlers Gunter Demnig bilden das weltweit größte dezentrale Mahnmal. In rund 1.900 Kommunen Europas wurden inzwischen mehr als 100.000 Steine verlegt. Sie erinnern unmittelbar im öffentlichen Raum an einzelne Menschen und ihre Lebensgeschichten und zwar dort, wo sie zuletzt freiwillig lebten. Gerade diese persönliche Form des Erinnerns macht die Opfer sichtbar und greifbar. Menschen begegnen den Stolpersteinen zufällig im Alltag, bleiben stehen, lesen die Namen und setzen sich mit den einzelnen Schicksalen auseinander. Stadtführungen für Schulklassen als politische Bildungsmaßnahme werden entlang von Stolpersteinen möglich. Erinnerung wird dadurch Teil des öffentlichen Lebens und nicht ausschließlich auf zentrale Gedenkorte beschränkt, die man gezielt besucht.

Die Stolpersteine verstehen sich deshalb ausdrücklich nicht als Konkurrenz zum bestehenden Mahnmal am Obermarkt. Während das Mahnmal einen zentralen Ort des Gedenkens und historischen Überblicks bietet, machen Stolpersteine individuelle Lebenswege sichtbar. Beide Formen ergänzen sich zu einer umfassenden Erinnerungskultur.

Zugleich ermöglicht das Projekt eine aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Schulen, Vereinen und weiteren gesellschaftlichen Gruppen. Historische Recherchen können und sollen fortlaufend ergänzt und vertieft sowie neue Erkenntnisse über bislang unbekannte Opfer künftig berücksichtigt werden.

Für eine erste Verlegung sind zunächst fünf Stolpersteine vorgesehen, deren Namen und Adressen seitens des Vereins gegen das Vergessen e.V. bereits recherchiert wurden.

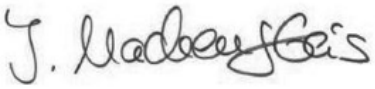
Die Finanzierung der Stolpersteine erfolgt vollständig über Spenden und Patenschaften und wird durch den Verein „Gegen das Vergessen e.V. - Förderverein zur Erhaltung des kulturellen Erbes der jüdischen Gemeinden in Wachenheim und Bad Dürkheim“ koordiniert. Der Verein kooperiert bei der Recherche der Euthanasie-Opfer mit der Lebenshilfe. Spendenzusagen für die ersten Verlegungen liegen bereits vor.

Der bauliche Eingriff in die bestehenden Gehweganlagen ist gering und bedarf nur minimaler Vorbereitung seitens des Bauhofs.

Mit freundlichen Grüßen,



Judith Hagen
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN



Isabel Mackensen-Geis
SPD



Jochen Schmitt
FWG



Markus Wolf
CDU